

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshauptstadt und Hauptorten 2,00 Mark im Monat, bei Zustellung nach dem Postamt 2,20 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Einjahresabonnement 24 Mark. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Anzeigenpreis: Die 4. Spalte kostet 30 Pfennig, die 2. Spalte 20 Pfennig, die 1. Spalte 10 Pfennig. Nachmittagsausgabe 20 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 9 - 83. Jahrgang.

Verl.-Nr.: „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Postfach: Dresden 2610

Freitag, 11. Januar 1924

Blutige Zusammenstöße in Speyer! - Hainz ermordet!

Der Mainzer Sonderbündler Hainz in Speyer erschossen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Paris, 10. Jan. Der „Daily Mail“ wird aus Mainz mitgeteilt, daß der Präsident der Separatistenregierung der Rheinpfalz, Hainz, gestern Abend 9.30 Uhr in einem Restaurant in Speyer ermordet wurde. Es werden folgende Einzelheiten gemeldet: Drei Unbekannte drangen plötzlich in den Saal ein und riefen: „Hände hoch!“ Sie gaben sofort Feuer und Hainz, der gerade zu Abend speiste, brach tödlich verwundet zusammen. Einer der Täter wurde leicht verletzt. Die Täter sind entkommen. Die Polizei- und Besatzungsbehörden haben in der ganzen Stadt Hausdurchsuchungen vorgenommen. Sämtliche Automobile, die Speyer verlassen, werden von Patrouillen untersucht. „Daily Mail“ vermutet, ohne spezielle Gründe hierfür anzuführen, daß die Attentäter zu einer nationalsozialistischen Organisation gehören.

Blutige Zusammenstöße in Speyer.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Speyer, 10. Jan. Gestern Abend ereigneten sich in Speyer ernste blutige Zusammenstöße zwischen den Separatisten und der Bevölkerung im Aufbruch an die Ermordung des Separatistenführers Hainz. Insgesamt sollen bei den Zusammenstößen 5 Personen getötet worden sein. Nähere Meldungen liegen noch nicht vor. Die Separatisten haben eine außerordentlich strenge Verkehrssperre verhängt.

Wirkung des englischen Protestes.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Berlin, 10. Jan. Der diplomatische Berichterstatter der „Agentur Havas“ berichtet, daß infolge der von England in Paris und Koblenz unternommenen Schritte hinsichtlich der Separatisten in der Pfalz die französische Regierung beschloß, an Ort und Stelle durch Delegation der Rheinlandkommission eine Untersuchung veranlassen zu lassen.

Die Militärkontrollen im Anmarsch.

Berlin, 10. Jan. Halbamtslich wird mitgeteilt: Wie bereits in der ausländischen Presse mitgeteilt wurde, hat die Interalliierte Militärkontrollkommission der Reichsregierung mitgeteilt,

Ramsay Macdonald.

Der Engländer ist der konservativste Mensch unter der Sonne. Noch immer, wie seit Hunderten von Jahren, sieht der „Speaker“, also der Präsident des Unterhauses, auf dem Balkon, vom Haupt herab, die Korden der roten und weißen Uniformen der Parlamentswache verabschiedet das mahlreiche Volk. Hunderte von Jahren, seit den Tagen Karls II. und Jakobs Stuart, ringen die beiden englischen Parteien um die Macht, die sich in der Parlamentsmehrheit verortet; aber sie waren eigentlich nur noch Geschäfte, diese Parteigegensätze. Denn stärker als Parteiprogramme ist in England die politische Tradition geworden, und wenn die Opposition an das Ruder kam, so trieb sie eine Politik, die nichts anderes war als die gradlinige Fortsetzung der vorher getriebenen; das heißt das Volk, und konnte daher mit dem Stimmzettel ein ruhiges Urteil über Erfolg oder Mißerfolg der Regierungspolitik fällen, ohne befürchten zu brauchen, daß die neue Regierung etwa ungeahnte und in ihren Folgen unübersehbare politische Experimente versuchen würde. Man trieb eben rein englische Politik.

Schon die Gründung der irischen Partei brachte einige Störungen in den gleichmäßigen Ablauf der Dinge; aber nicht allzu große, weil die Iren eine ziemlich zuverlässige Stützgruppe der Whigs, also der Liberalen, waren. Allerdings hat England darauf, daß sich die Liberalen einmal nur mit den Iren zusammen die parlamentarische Mehrheit und damit die Regierung sichern konnten, mit einer schweren Niederlage der Liberalen bei den nächsten Wahlen geantwortet.

Die englischen Wahlen im Dezember vergangenen Jahres brachten nun einen sehr starken Zug nach links, von dem am meisten die Arbeiterpartei profitierte. Nun soll diese Machtverschiebung dadurch ihre Auswirkung erhalten, daß nach englischer parlamentarischer Gewohnheit der Führer der siegreichen Partei die Kabinettsbildung übernimmt. Das ist der auch in Deutschland gut bekannte

daß am 10. und 13. d. Mts. in einer Reihe von deutschen Städten Kontrollbesuche stattfinden. Die Besuche sind, soweit aus den Nachrichten von den deutschen Verwaltungsstellen hervorgeht, zum Teil auch militärischen Kommandostellen zugeordnet. Sie sollen in Zivil stattfinden und werden auch in Formen vor sich gehen, die den Gefühlen der kontrollierten Stellen Rechnung tragen. Die zur Durchführung dieser Kontrollbesuche nötigen Maßnahmen sind deutscherseits getroffen worden. Die Reichsregierung hat indessen der Interalliierten Militärkontrollkommission erklärt, daß ihrer Ansicht nach diejenigen Aufgaben, die die Kommission mit militärischen Stellen in persönliche Berührung bringen, nunmehr als beendet angesehen werden müssen.

Verzögerung der Antwort Poincarés.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Paris, 10. Jan. Nach halbamtlicher Ankündigung wird die französische Antwort erst am Freitag dem deutschen Geschäftsträger, Herrn von Hösch, der erst später nach Berlin reisen wird, überreicht werden. Bis heute steht noch nicht genau fest, wann und wie die Überreichung und die angekündigte Unterredung Poincarés mit Herrn von Hösch stattfinden soll. Auch der Zeitpunkt der angekündigten Erklärungen Poincarés ist noch nicht bestimmt.

Keine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Berlin, 10. Jan. Blättermeldungen zufolge, daß zwischen dem Vorstände und dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen über eine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer geführt werden, erzählt der Deutsche Handelsdienst an zuständiger Stelle, daß die Regierung von derartigen Verhandlungen nichts wisse und daß auch an eine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer nicht geglaubt werde.

Noch 12 Tage Lebensfrist für Baldwins Politik.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
London, 10. Jan. Dem Parlamentsberichterstatter der „Times“ zufolge werden sich die Gerüchte, daß die Regierung Donnerstag nächster Woche gekürzt werde, wahrscheinlich nicht erfüllen. Die Entscheidung wird nicht vor Montag oder Dienstag der darauffolgenden Woche fallen, da die Debatte sicher sehr lang sein werde.

Ramsay Macdonald. Er hat am Dienstag in der ersten Sitzung des neuen Parlaments eine Erklärung abgegeben, daß seine Partei bereit sei, die Regierung zu übernehmen. Das wird seine Schwierigkeiten haben und zur Voraussetzung eine irgendwie geartete, aber ziemlich feste Koalition mit den Liberalen verlangen. Denn Macdonald braucht ja eine zuverlässige parlamentarische Mehrheit, so daß er sich unbedingt auch noch mindestens die von Asquith geführten Linksliberalen sichern muß. Lloyd George, der außenpolitisch in einem immer härteren Gegensatz zu den Konservativen gerät, wird wohl auf diesem Gebiete der Labour party (Arbeiterpartei) auch zur Seite stehen. Man wird sich wohl unsicher einigen können. Macdonald hat sich in seiner Rede naturgemäß mit dem wichtigsten außenpolitischen Problem beschäftigen müssen, also mit der Reparationsfrage. Er hat aber überaus vorsichtig gesprochen und hat nur allerhand schöne Wünsche über Aufheben des Vertrauens, endgültige Wiederherstellung des Friedens in Europa und Ausbau des wirklichen Völkerverbundes in pazifistischem Sinne zum Ausdruck gebracht, das ist alles sehr unverbindlich und verpflichtet zu nichts. Ebenso wenig natürlich auch die Schaffung der Voraussetzung für alle diese Dinge, nämlich eine internationale Verständigung zwischen den so arg verfeindeten Staaten des Kontinents, Deutschland eingeschlossen. Viel bestimmter sind nur gewisse Mitteilungen, die über die außenpolitischen Pläne der Arbeiterpartei in der Reparationsfrage und dem interalliierten Schuldenproblem verlautbaren: Danach soll das weitere Vorgehen der neuen englischen Regierung von dem Verdict abhängig gemacht werden, den der Sachverständigenausschuß der Reparationskommission über die finanziell-wirtschaftliche Lage Deutschlands herausgegeben wird und den nun die Arbeiterpartei zum Gegenstand der Erörterung auf einer neuen interalliierten Konferenz - bei der Deutschland und Amerika vertreten sein sollen - zu machen entschlossen scheint. Bei dieser Gelegenheit soll dann eine vernünftige Umgestaltung des Londoner Zahlungsplanes vom Mai 1921 herbeigeführt werden.

Hier wird nun der erste Zusammenstoß mit Frankreich zu gewärtigen sein. Macdonald hat in seiner Rede eine Vereinfachung des englisch-französischen Verhältnisses für wünschenswert erklärt, hat sich also auch hierbei in den Bahnen der bisherigen englischen Politik bewegt. Er hat überhaupt jeden scharfen Ton Frankreich gegenüber vermieden, wie es englischer Vorfichtigkeit entspricht. Die Dinge sind auch allzu „flüchtig“. In Paris wie in London wird man sich gegenseitig mit größter Höflichkeit behandeln und im übrigen tun, was man als das zweckmäßigste für die Interessen des eigenen Landes erachtet. Daran ist jedenfalls ganz und gar nicht zu denken, daß die Arbeiterpartei nun aus ihren Reden gegen die französische Ruhrpolitik und, darüber hinaus, gegen die gesamte Politik seit dem Versailler „Frieden“ irgendwelche praktischen Konsequenzen zieht, etwa dahingehend, daß man nun zum Zeichen des Protestes die englischen Truppen aus Köln und den englischen Vertreter aus der Reparationskommission abberuft. Eine derartige Demonstrationspolitik widerspricht englischer Art und - dem englischen Interesse. Und dies wird auch für die Arbeiterpartei die einzig maßgebende Richtschnur ihres politischen Handelns sein, auch sie wird in die Bahnen der jahrhundertalten Tradition einlenken, ohne daß sich einer ihrer Anhänger über die gewaltige Differenz zwischen Worten und Taten aufregen wird. Denn entscheidend bleibt doch immer der Erfolg.

Unfähigkeit der französischen Regie.

Schweizer Feststellungen.
Die Baseler „Nationalzeitung“ berichtet aus dem Ruhrgebiet über die unhaltbaren Zustände, die durch die französische Regie in dem dortigen Verkehrswesen eingegriffen seien. Es heißt dort: Die wirklichen Ursachen dieses Versagens liegen ganz einfach in der Regie selbst. Die Franzosen wollen nicht zugeben, daß sie diesen schwierigen Apparat nicht über einen Notverkehr hinaus bewältigen können. Darum haben sie die deutschen Eisenbahnen nur zu einem sehr geringen Teil wieder eingestellt.

Zur Sachkenntnis kommt der Bureaufatismus, der sich bis in die obersten Verwaltungsinstanzen der Regie erstreckt. Die obersten Stellen haben nicht die Befugnisse und Vollmachten, wie sie in der deutschen Verwaltung üblich sind; alles wird von der obersten Behörde in Mainz verfügt. Es ist durchgeföhrt, daß die Ausgaben der Regie nur zu einem Fünftel durch Einnahmen gedeckt sind. Das Dasein der deutschen Eisenbahnen im Dienste der Regie ist ein Martyrium. Die Regie selbst ist sowohl für diese Unglücksfälle wie für das ganze Ruhrgebiet ein Unglück. Wenn im Ruhrgebiet wieder erträgliche Zustände kommen sollen, muß die Leitung des Verkehrswesens wieder in deutsche Hände gelegt werden.

Amerika will schnelle Arbeit.

Die in Paris angekommenen beiden amerikanischen Sachverständigen Dawes und Owen Young veröffentlichen eine Erklärung, in der es heißt: Die amerikanischen Sachverständigen sind von der Reparationskommission aufgefordert worden, an einem Sachverständigenausschuß teilzunehmen. Die amerikanischen Sachverständigen haben keine vorgefertigten Pläne und hoffen, nur den Plänen, die von anderen Persönlichkeiten unterbreitet werden, zu Hilfe zu kommen. Sie haben aber augenblicklich eine Erklärung abgegeben, die lautet:

„Die Zeit ist ein wesentliches Element der Lage. Das Komitee, das eingesetzt ist, ist ein geschäftliches Komitee, das sich mit Tatsachen beschäftigt und konstruktive Folgerungen daraus zu ziehen hat. Seine Arbeiten müssen mit möglichstster Beschleunigung geführt werden und es müssen ununterbrochen täglich Sitzungen stattfinden.“

Der „Petit Parisien“ schreibt, es scheine aus den verschiedenen Unterhaltungen der amerikanischen Sachverständigen mit den Mitgliedern der Reparationskommission hervorzugehen, daß die Amerikaner glauben, die Arbeiten des ersten Sachverständigenausschusses können binnen einem Monat beendet werden. Sie seien damit einverstanden, daß dieser Ausschuß, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, etwa eine Woche lang in Berlin sich aufhalte.

Die nordische Eisgefahr.

Wie über Stockholm gemeldet wird, kommt die nordische Eisgefahr herangezogen. Während die Häfen auf schwedischer, finnischer und estländischer Seite bis weit ins Meer hinaus blockiert sind, ziehen in dem noch freien Fahrwasser der Ostsee ungeheure Massen von Treibeis von Norden nach Süden. Sie kommen aus dem völlig vereisten baltischen Meerbusen, treiben an den Landsinseln vorbei und vereinigen sich dort mit mächtigen Eisgiganten aus dem finnischen Meerbusen. Das schwimmende Schicksal ist stellenweise zwei Meter hoch. Dieser Gefahr gegenüber ist die Schifffahrt und Fischerei eingestellt worden. Die ersten Ausläufer dieses nordischen Eises sind bereits über die Insel Gotland hinaus gelangt und haben auch schon die deutschen Küsten, so bei Rostock, Königsberg, Danzig bis Rügen erreicht. Die Eiswälle versperren auch den Eingang zum baltischen Meerbusen, in dem vor zwei Jahren bei gleichem Eisreigen deutsche Dampfer wochenlang im Eis festsaßen. Große russische Eisbrecher sind bei der Arbeit, um unterwegs befindlichen Schiffen eine Durchstraße durch die Eiswälle zu bahnen.

Reichskanzler Dr. Marx spricht.

Lebenserhaltung und Weimarer Verfassung.

Reichskanzler Dr. Marx führte in einer Unterredung mit einem Braunschweiger Journalisten u. a. aus: Das Fundament für unsern Staat bildet die

Erhaltung des Lebens und der Arbeits- und Produktionskraft unseres Volkes.

Dass unser Volk ohne schwere Schädigungen durch diesen Winter kommt, ist die wichtigste Sorge der Regierung. Die Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat und bei deren Ergreifung sie nicht auf Beifall rechnen darf, sind bekannt, sie heißen rücksichtslose Abkürzung aller irgendwie entbehrlichen Ausgaben und rücksichtslose Steigerung der Einnahmen. Die Erkenntnis, dass es gilt, Opfer zu bringen, hat erfreulicherweise zugenommen, seitdem es gelungen ist, die deutsche Wirtschaft vor dem völligen Sturz in den Abgrund zu retten und unsern geplagten Völkern wieder ein festes Geld in die Hand zu geben. Aber vor allem erforderlich ist, dass unser Volk Selbstachtung hat, dass der kleine Kreis, der noch immer nicht begriffen hat, dass es eine Schande ist, zu schwelgen, wenn Hunderttausende der Volksgenossen darben, sich des Ernstes der Situation bewusst wird und sein Verhalten danach einrichtet, und nicht durch sein Treiben die Not, die das deutsche Volk sich in der Welt zu erobern beginnt, zunichte macht.

Diesen Reuten, die jetzt im Ausland ein Lustleben führen und im Inland dem Ernste der Zeit sich nicht anpassen, wird die Regierung energisch zu Leibe gehen.

Neben den wirtschaftlichen Sorgen besteht die Sorge um unser deutsches Rheinland, die Sorge um unser Ruhrgebiet. Rhein-, Ruhrfrage und Reparationsfrage, das sind nach der Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens durch gesunde Währung die Schicksalsprobleme unseres Volkes. Gegenüber diesen Dingen treten alle anderen Fragen in den Hintergrund. Was den Gedanken einer Umgestaltung der

Weimarer Verfassung

betrifft, so werden wir der Erörterung dieser an und für sich wichtigen Dinge, denen in normalen Zeiten jahrelange Prüfungen durch Sachverständigenkreise, in der Publizistik und in der öffentlichen Meinung vorangegangen wären, natürlich auch im jetzigen Sturmhauf der Dinge nicht aus dem Wege gehen. Ich habe es ja bereits lebhaft beklagt, dass das Verhältnis zwischen Reich und Einzelländern in vielfacher Beziehung getrübt ist.

In erster Linie kommt als dringende Frage eine Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und den Ländern in Frage. Hierzu sind die Vorarbeiten im Gange. Haben die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und den Ländern eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Regelung erfahren, so wird erforderlichenfalls in eine Prüfung der weiteren innerdeutschen staatspolitischen Probleme eingetreten.

Politische Rundschau

Hitler-Prozess.

München, 9. Jan. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ haben an zuständiger Stelle Erkundigungen über den Hitler-Prozess eingebracht und folgendes erfahren: Der Umfang des Verfahrens hat die Anklagebehörde veranlaßt, den Prozess zu teilen. Für den Hauptprozess ist die Anklageschrift nahezu fertiggestellt. Die Anklage in diesem Verfahren wird sich gegen 8 oder 9 Personen richten. Die Festlegung eines Termins ist Sache des Volksgerichts. An diesen Prozess sollen sich dann Nachzügler anschließen.

Dementi des Kronprinzen Rupprecht.

München, 9. Jan. Der Kabinettschef des Kronprinzen Rupprecht, Graf v. Eoden, erklärte gegenüber national-sozial-

istischen Behauptungen, daß er im Oktober in Paris gewesen sei und mit einem führenden französischen Politiker verhandelt habe, er sei nie in seinem Leben in Paris gewesen, habe sich seit vielen Monaten ausschließlich in Bayern aufgehalten, habe nie in seinem Leben irgendwelche Verhandlungen mittelbar oder unmittelbar mit irgendeiner französischen Seite geführt und sei jederzeit bereit, diese Erklärung mit seinem Eide zu bekräftigen.

Immer wieder die Kriegsschuldfrage.

Berlin, 9. Jan. Nach einer Londoner Meldung bringen die amerikanischen Hearst-Zeitungen eine Depesche des amerikanischen Journalisten Wiegand aus Berlin, wonach demnächst in London eine Fühlungsnahme zwischen gleichgesinnten deutschen und englischen Kreisen stattfinden soll, um die Möglichkeit einer Neuaufstellung der Kriegsschuldfrage zu erwägen.

Zur Reichstagskandidatur Ludendorff.

Berlin, 9. Jan. Die Frage einer Reichstagskandidatur des Generals Ludendorff ist noch nicht völlig geklärt. Es haben in dieser Richtung in den letzten Tagen wiederholt Besprechungen zwischen den leitenden politischen Persönlichkeiten nicht nur Bayerns, sondern vor allem auch Norddeutschlands mit General Ludendorff stattgefunden, in deren Verlauf letzterer sich noch nicht zur Uebnahme der Reichstagskandidatur entschließen konnte.

Der Kanzler über die bayerische Denkschrift.

Berlin, 9. Jan. In einer Unterredung, die Reichskanzler Dr. Marx dem Chefredakteur der „Braunschweiger Landeszeitung“ gewährte, führte er u. a. folgendes aus: Was den Gedanken einer Umgestaltung der Weimarer Verfassung betrifft, so werden wir der Regelung dieser an und für sich wichtigen Dinge natürlich auch im jetzigen Sturmhauf der Dinge nicht aus dem Wege gehen. Ich habe es ja bereits in der Rede vom 4. Dezember vorigen Jahres lebhaft beklagt, daß das Verhältnis zwischen Reich und Einzelländern in vielfacher Beziehung getrübt ist. Ich habe damals das Versprechen abgegeben, eine Klärung dieser Verhältnisse zu suchen und womöglich herbeizuführen. An dieser Aufgabe halte ich fest und ich hoffe, daß sie sich jetzt mit um so weniger Schwierigkeiten durchführen läßt, als die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einmütigkeit aller Deutschen bei den Gefahren, die uns von außen her drohen, gewachsen ist. In erster Linie kommt als dringende Aufgabe eine Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ländern in Frage. Hierzu sind die Vorarbeiten im Gange. Der Herr Reichsfinanzminister hat zu diesem Zwecke auch bereits mit den Ländern Fühlung genommen. Bei allen diesen Maßnahmen, so wichtig sie auch sein mögen, darf man doch nicht vergessen, daß die Einheit der Nation unser höchstes Gut ist, das aufrecht zu erhalten das dringende Gebot der Stunde ist.

Generalfstreikgefahr im Düsseldorf-Bezirk.

Düsseldorf, 9. Jan. Die Streikbewegung im Bezirk Düsseldorf hat verschärfte Formen angenommen. Am Nachmittag veranstalteten die Aufständischen in verschiedenen Gegenden Umzüge durch die Straßen zwecks Propaganda für den Generalfstreik. Die Bewegung hat, von der Metallindustrie ausgehend, bereits auf verschiedene Industrien übergegriffen und es ist immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß heute tatsächlich im Bezirk Düsseldorf der Generalfstreik, der sich nach den Ankündigungen der Streikführer auch auf die lebenswichtigen Betriebe erstrecken soll, in die Erscheinung tritt. Zu stärkeren Aufhebungen ist es im Laufe des Tages nicht gekommen, da die Geschäftsleute in den von den Umzügen berührten Stadtteilen aus Furcht vor Märschen die Läden geschlossen hatten.

Vor einem Links-Block in Frankreich.

Paris, 9. Jan. Der Abgeordnete Lebas teilt in einem Leitartikel des „Populaire“ die Absicht der Sozialistischen Partei

mit, sich mit den Radikal-Sozialisten zu einem Block der Linken während des kommenden Wahlschlages zusammenzuschließen, unter der Voraussetzung jedoch, daß die Kommunisten in ihm aufgenommen werden. (Bröckelt es auch dort? Wie kann es auch anders sein! „S.“)

Die Rede Macdonalds.

London, 9. Jan. In seiner gestrigen Programmrede führte Macdonald u. a. aus: Die Arbeiterpartei sei entschlossen, die Regierung anzutreten. Die Arbeiterregierung wolle lediglich die Not der Zeit lindern. Der Fortschritt könne nur in langsamer Entwicklung erreicht werden. Macdonald trat namentlich für den Frieden nach außen hin und Einheit nach innen ein. Wegen einer Arbeiterregierung brauche kein Mensch in England sein Kapital ins Ausland zu schaffen. Um den Frieden in Europa endgültig herzustellen, wolle die Arbeiterpartei sich an alle Männer und Frauen der ganzen Welt wenden, die gegen eine Wiederholung des Weltkrieges seien. Als erste Voraussetzung für die Verwirklichung seines Programms sieht Macdonald die Aufgabe des Vertrauens an. Dem Vertrauen könne nur durch eine internationale Verständigung, an der auch Spanien und Deutschland beteiligt sein müßten, ein Ende gemacht werden. Die Zwistigkeiten zwischen England und Frankreich müßten endlich aufhören. Zu einer großzügigen Organisation, die so beschaffen ist, daß es jeder Großmacht möglich sei, ihr die Streitfragen zu unterbreiten, müßte der Völkerverbund ausgebaut werden.

Kurze politische Mitteilungen

Steigende Kohlenförderung.

Geisenkirchen, 9. Januar. Auch in der vergangenen Woche hat sich die Kohlenförderung auf den Becken im Geisenkirchener Bezirk wesentlich gehoben. Trotz der wegen des Mangels an Abfuhr und der Transportverhältnisse eingeleiteten Festschlichtung auf einer Reihe von Becken betrug die Förderung am 31. Dezember noch 13 166 Tonnen. Sie stieg in den ersten vier Arbeitstagen des neuen Jahres auf 21 313 Tonnen an. Im gleichen Zeitraum betrug die Förderung von Koks 1186 Tonnen am 31. Dezember und stieg auf 1249 Tonnen am 5. Januar.

Erste Sitzung der Sachverständigenkommissionen.

Paris, 9. Januar. Die erste Sitzung der von der Reparationskommission einberufenen Sachverständigenausschüsse, die sich mit der Wirtschaftslage in Deutschland befassen sollen, wird am Montag, den 14. Januar, stattfinden. Die amerikanischen Delegierten, die gestern eine kurze Erklärung über ihre Auffassung von den kommenden Arbeiten veröffentlicht haben, bleiben bis zu dem genannten Tage ohne jede Fühlung mit der Reparationskommission.

Die Arbeitszeit im Ruhrgebiet.

Paris, 9. Januar. In einem Mittagsblatt wird heute angeregt, daß die Verhandlungen über die Frage der Arbeitszeit im Ruhrgebiet schnellstens aufgenommen werden, denn von dieser Frage, die augenblicklich große Schwierigkeiten bereitet, hänge das Gelingen der Ruhraktion ab.

Lohnanruf des englischen Lokomotivpersonals.

London, 9. Januar. Der Verband englischer Lokomotivführer und Feizer hat sich in der Urabstimmung mit einem Verbot von 6 zu 1 gegen die Annahme der neuen Löhne ausgesprochen. Um das äußerste zu vermeiden, sollen neue Verhandlungen mit den Eisenbahngesellschaften eingeleitet werden.

Englische Agrarpartei.

London, 9. Januar. Der Generalsekretär der englischen Zentral-Ackerbauhandelskammer, Sir Herbert Matthews, erklärte Zeitungsbekanntmachungen, wie in allen übrigen zivilisierten Ländern, werde in England nunmehr ebenfalls eine reine Agrarpartei gegründet werden, die sich auch im Parlament vertreten lassen wolle. Die neue Partei strebe eine Erhöhung der Produktion, bessere Lohnverhältnisse in der Landwirtschaft und eine strikere Organisation der Ackerbaubetriebe an.

Neue Tangermose Spaniens.

Madrid, 9. Januar. General Primo de Rivera richtete an England und Frankreich eine Note, in der er um Abänderung des Tangermose unter größerer Berücksichtigung der spanischen Interessen ersuchte und der Forderung Ausdruck gab, daß den berechtigten Forderungen Spaniens Genüge getan werde.

Die Kibler laufen wieder den Berg hinunter, die Skiläufer schreien wieder ihr wichtig-eifriges „Bahn frei“, die Sonne blinzelt vergnügt über die wimmelnde weiße Welt.

Eine neue Insel über Nacht entstanden. Nach Meldungen des Dampfers „Chadina“, der in der Nacht zum 12. November von Moab nach Chittagong und dann wieder zurück fuhr, entdeckte der Kapitän auf der Rückfahrt am Morgen des 14. Novembers an einer Stelle, wo bei der Hinfahrt im Meere noch nicht das geringste zu sehen gewesen war, eine neue Insel. Vieles über Nacht aufgetauchte Eiland liegt in der Nähe einer Stelle, an der man im Jahre 1914 einen Schlammtuffan entdeckt hatte. Das Schiff fuhr bis auf 8 Km. an die neue Insel heran und stellte fest, daß sie aus festem Fels bestand. Am nächsten Tage näherte sich ein anderer Dampfer der Insel bis auf 4 Km., und nach den Angaben der Beobachter war sie 13 000 Fuß lang, 1000 Fuß breit und 30 Fuß hoch. Die Insel befindet sich etwa 10 Km. südlich von Baronga Point; ringsherum sind Korallenriffe, und südlich von der neuen Hauptinsel ist noch eine kleinere Insel, die sich augenscheinlich von ihr losgelöst hat, vielleicht aber unter Wasser noch mit ihr verbunden ist. Man nimmt an, daß die neue Insel durch den Ausbruch des bereits früher festgestellten Vulkans über Nacht entstanden

Der höchste Berg Südwestafrikas. Eine für die Topographie Südwestafrikas nicht unwesentliche Entdeckung wird erst jetzt durch eine Veröffentlichung von Reinhard Maad in der „Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde“ bekannt. Der höchste Bergstock des Damara-Landes ist nicht der auf vielen Karten noch mit 2680 Meter Höhe verzeichnete Omatako-Berg, der in Wirklichkeit nur 2280 Meter misst, auch nicht der Auas-Berg (2484 Meter), sondern der Brand-Berg (Daunas der Hollen, Omuluro der Herero), der etwa 100 Kilometer von der Küste unter 21 Grad 10 südlicher Breite und 14 Grad 30 östlicher Länge in wüstenhafter Umgebung liegt und mit seiner höchsten Spitze 2806 Meter erreicht. Der Brand-Berg, der bisher nur als 1150 Meter hoch galt, ist damit die höchste Erhebung von ganz Südwestafrika überhaupt. Er bildet eine mächtige fahle Granitkuppe, die früher offenbar nach von Maad gefundenen Höhlenmauern und Berg-Damara bewohnt war, heute aber nur einzelnen wilden Eingeborenen als Schlupfwinkel dient. Nach kartographischer Aufnahme der ganzen Region hatte Maad in der Regenzeit 1917/18 die höchste Spitze des Brand-Berges bestiegen.

Wissenschaft · Kunst · Literatur

Gruß aus Tegernsee.

Von Elfriede Bessen.

Schon auf der Fahrt dorthin war's wie ein Märchen. Schnee, Schnee, in ungeheuren Ausladungen, Wästen, unabsehbar. Die Fahrtstrecke umfäumten wahre Giganten von Schneeverklumpten Tannen, sie kamen plötzlich hoch, wie aufgeredete Ungeheuer, flüchtig, frohlich und fremd anzusehen, wie eine Kette dunkler Mysterien. Von der Plattform des hinteren Wagens gesehen, verschmolzen die zurückweichenden Gleise mit dem bläulichen Schimmer des schneigeweißen Schnees in der beginnenden Dämmerung. Signalmaste, bidelappt vom Schnee, stehen falsch leuchtend am Wege, der weggetriebene Dampf der Lokomotive vertrieht sich ätzend in ihnen. Gespensterhaft und lautlos, beinahe wie verzaubert, fährt der Zug ins Wesenlose dieser unheimlich stillen Landschaft. Man ahnt nichts mehr, Dämmerung und Schnee verschlingen die geliebte Welt, nur die Gloden der Telegraphenstangen geistern durch diese maßlose Schneefindflut.

Tegernsee! Mühsam bahnt man sich durch das stark einsehende Schneegestöber den Weg vom Bahnhof ins Hotel. Wird plötzlich erschreckt durch unheimlich finstere Gestalten, die etwas Dunkles drohend vor sich hertragen. Esfährt, die Welt wuchtvoll durch den knirschenden Schnee stapfen. Die Welt scheint mit jedem Schritt zu Ende, wie verloren geht man gegen den verhangenen Himmel, spürt eine seltsame Einsamkeit ins Herz ziehen, begreift durch Kälte und Dunkelheit hindurch den tiefen, tiefen Schlaf der um neue Kräfte ringenden Erde. Aber als man dann, den Blick vom schärften Gestoßer vermisst, die Ohren wie mit Watte verstopft, bis an die Knie mit Schnee bespritzt, doch glücklich ins Hotel gelangt, Licht, Wärme und einen fröhlichen Umhüll findet, da hört sich das Schlittengeläute schon etwas verführerischer an, als vorher, wo es plötzlich und warnend vorüberfingelte.

Der nächste Morgen aber! Die Augen suchen vergeblich, die winterlichste Winterlandschaft zu erfassen. Incarnation des Winters, Winter im größten Still! Erdrückt, erwürgt, liegt Tegernsee in den weichen Armen des Schnees. Giebel und

Dächer ähzen, Säune strecken nur noch flehentlich ihre Kugelförmigkeit heraus, Bäume sind ohne Laut und Pflanz ins Nichts versunken, der See sieht aus, als wäre er umbraut vom dichten Nebel, es ist, als sollte ganz Tegernsee einem weichen, weißen Moloch geopfert werden. Es schneit weiter mit einer großen Unerbittlichkeit, Esfährt und Kibler sehen eher mißmutig, als vergnügt drein, denn dieser Schnee, der ununterbrochen fällt, liebt wir Pech.

Ein Wolfshund jagt über die unformig verschneiten Wiesen, er wirft wie ein Schatten einer fremden Welt, lautlos verläßt er ins Wesenlose. Aber die Farben der entzückenden Tegernseer Häuschen! Sie leuchten auf und lachen. Am Haupte des „Hofschneiders der Infantin von Portugal“ führen alle Rosen und „Bleamaria“ über die begrabene Welt.

Mit einem Schläge aber ändert sich plötzlich das Bild. Es hört zu schneien auf, Wind reißt ein paar Wolken frei, und festhaft strahlt die Sonne auf über die weiße Herrlichkeit. Die Berglette ringt sich aus dem Dunkel heraus, erhaben thronen der Walberg und die Hirschspitz. Leben kommt in den gleißenden, flammenden Schnee, mit jarten Schatten besetzt, verklären die belebten Linien der Fußwege zum See hinunter. Der sieht anders aus! Er lacht grünllich und mit verliebtem Plätschern den Himmel an. Jetzt erst wird man sich der riesigen Schneemassen bewußt, es gleicht und glimmert, funktelt und sprüht aus ihnen, es jagt beinahe dies lebendig gewordene Weiß. Und mehr Leben kommt auch in die Menschen! Man sieht jetzt klare Umrisse, fühlt das Spiel der Sonne und atmet glücklich die fröhliche, würzige Luft. Den kleinen Hong dort drüben herunter fährt auf den kleinsten Eiern der Welt ein kleiner Knirps von nicht ganz fünf Jahren. Er jubelt, als er unten ist, und sein roter Sweater wettersert an Leuchtkraft mit der seiner großen blauen Augen. In das strahlende belebte Bild hinein schneidet auf einmal hart und stark ein überlauts Klingeln. Und da biegt er auch schon um die Ecke, der riesige Schneeflug, der zurückkommt von seiner anstrengenden Morgenarbeit. Zweunddreißig starke Oldenburger Arbeitspferde, je zwei und zwei zusammen, ziehen ihn, und stolz sitzen die sechzehn Lenker auf ihnen, die Bügel in den eisernen Händen. Angestaunt von den aus der Bahn gedrängten Zuschauern gleitet er wie ein Schiff langsam vorüber und wo er vorbei ist, liegt auf der glatten Fahrbahn zu beiden Seiten der Schnee meterhoch aufgetürmt. Die halbe Dorfjugend hat sich mit ihren kleinen Schlitten hinten angehängt, und majestätisch verschwindet der Zug in der Ferne.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff-Dresden, 10. Januar 1924.

Merkblatt für den 11. Januar.

Sonnenanfang 8³⁰ Mondanfang 10¹¹ B.
Sonnenuntergang 4⁴ Monduntergang 10¹² B.
1833 Dichter Gustav Halle geb. — 1882 Naturforscher
Theodor Schwann gest. — 1918 Schriftf. Oskar Ritter von
Klauer gest.

Die entscheidende Bedeutung der Gemeindegewahlen.

Von maßgeblicher politischer Seite wird uns geschrieben: Ein großer Teil der Wählerschaft ist leider über die außerordentliche Bedeutung der diesmaligen Gemeindegewahlen im Unklaren. Unter kommunistischem Druck ist im vergangenen Jahre von der damals ganz in linksradikales Fahrwasser geratenen Sozialdemokratie mit der neuen Gemeindeordnung ein geradezu tolles Machtwort voller Kurzschichtigkeit und Dilettantismus, aber von außerordentlicher Gefährlichkeit für die gesamte Bevölkerung geschaffen worden. Die neue Gemeindeordnung ist so beschaffen, daß sie die Stadt- und Gemeindeverwaltungen ohne wirksame Hemmung und ausreichende Sicherung den verantwortungslosen Schreibern und jeweiligen von den Regungen der Straße emporgeschüttelten Demagogen ausliefern würde, wenn es den sozialistisch-kommunistischen Parteien gelänge, Mehrheiten in den Gemeindeparslamenten zu erlangen.

Während bisher in langer und planmäßiger Ausbildung geschulte Fachbeamte führend und mitentscheidend die Stadtverwaltung besorgten, wird jetzt das Schwergewicht auf die Gemeindevorsteher (so heißen künftig die Stadtverordneten) verschoben. Eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit, abhängig von Straßenkrawallen und anderem Parteiterrör, würde die altertümliche Gemeindevorsteherwahl der Stadt zum bloßen Ausführungsorgan ihrer Beschlüsse herabdrücken. Änderungen, Verbesserungen dieser Beschlüsse kann künftig der Rat in der Regel nicht mehr vornehmen. Macht er von dem ihm gebliebenen Einspruchsrecht häufiger Gebrauch, so sind die Beschlüsse einer künftigen radikalisierten Gemeindevorsteherwahl beruht, daß sie ihm Arbeitskraft und Arbeitsfreude unerträglich lähmen kann, wie dies die Beamtenchaft in der Aera Zeigner, Hellwig, Liebmann so bitter empfinden mußte.

Besonders verderblich wäre es, das wichtige Gebiet der städtischen Personalpolitik einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit auszuliefern. Die vereinigten Kommunisten und Sozialisten haben seinerzeit im Landtage erzwungen, daß letzten Endes keinerlei irgendwie geartete Vorbildung zur Anstellung als berufsmäßiger Gemeindebeamter erforderlich ist. Durch Ortsgruppen können sich die Stadtverordneten ebenfalls vorbehalten, alle Stellen für die Stadtverordneten unter der Bedingung zu stellen, daß die Beamten und Angestellten von sich aus anzustellen. Auch die Beamten können sie nach freiem Ermessen unter die Ratsmitglieder verteilen. Wer in Verwaltungsdingen erfahren ist, kann die Tragweite derartiger Bestimmungen ermessen. Die neue Gemeindeordnung ist eben unter Zeigner und Liebmann geschaffen worden und trägt in allen Einzelheiten die Gesichtszüge dieser beiden Männer. Was für diese noch an Hemmungen bestanden hatte, ist in der neuen Gemeindeordnung beseitigt. Damit ist die Bahn freigelegt für eine Beamtenpolitik, die das Zeignerische Muster noch überbieten würde, wenn eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Stadthaus Einzug hielte.

Schließlich sei noch auf die Gefahr von Experimenten sozialistisch-kommunistischer Art auf dem Gebiete des Steuerwesens und etwaiger Kommunalisierungen hingewiesen. Bisher konnte das Vergleiche auf diesem Gebiete durch die Stadträte abgewendet werden. Künftig ist das, wie oben ausgeführt, nicht mehr möglich. Die Produktion drohende, angeblich soziale Steuern, existenzvernichtende Sozialversicherungsversuche würden die Wirtschaft der Stadt in den nächsten Jahren unterminieren. Deshalb muß jeder Bürger in letzter Stunde die Gefahr erkennen und am nächsten Sonntag wählen. Keine Stimme darf für eine sozialistisch-kommunistische Liste abgegeben werden!

Von dem Ausfall der am kommenden Sonntag stattfindenden Wahl wird die Zusammenfassung unseres neuen Stadtparslaments abhängen. Von ganz besonderer Bedeutung wird die Gliederung des Kollegiums deshalb sein, weil die Männer, die in ihm vertreten sein werden, berufen sind, nach den Zeiten schwersten wirtschaftlichen Zusammenbruchs, die auch an unserer Stadtgemeinde nicht spurlos vorüber gegangen sind, wirtschaftliche Gesundungs- und Wiederaufbauarbeit zu leisten.

Nicht in blinder Abhängigkeit von einem phantastischen Parteiprogramm, sondern durchdrungen von dem brennenden Bunde, zum Wohle der Allgemeinheit — nicht einer einzelnen Bevölkerungsgruppe — zu raten und zu tun, so sollen diese Männer das Amt verwahren, das ihnen das Vertrauen der Einwohner schenkt. Am solche Arbeit leisten zu können, dazu gehört die harte Schule der Praxis. Wir brauchen Männer der Tat und der wirtschaftlichen Erfahrung, die erfüllt sind von praktischem Sinn und sicherem Gefühl für das wirtschaftliche Tragbare und Erreichbare, Verständnis für vernünftige soziale Forderungen und kulturelle Bestrebungen haben und von dem Bunde befeuert sind, dieselben, soweit das im Rahmen einer gesunden Finanzpolitik möglich ist, zu fördern.

Die Gestaltung der Verhältnisse gerade in unserem lieben Sachsenlande unter einer einseitig orientierten Regierung hat es dem denkenden Staatsbürger, gleichviel welcher Richtung, deutlich genug gezeigt, daß es unter Diktatur wirtschaftlich unbedingter Kapazitäten einen Aufstieg nicht geben kann. Vor den gleichen Erfahrungen im Gemeinwesen möge uns der Himmel bewahren!

Deshalb betrachte der einsichtsvolle Einwohner die aufgestellten Listen sehr genau. Mehr als sonst steht auf dem Spiele. Das Stadtparslament wird größere Rechte erhalten. Wer sich aber über den engen Rahmen der Berufsgruppenpolitik, die im übrigen bei dem zur Beratung stehenden Material fast bedeutungslos ist, hinwegsetzen kann, der muß bei kritischer Einstellung eine Liste wählen, die das allgemeine Wohl unbedingt will und die auch durch die Namen der aufgestellten Kandidaten die Bürgerschaft für eine gesunde Entwicklung erbringt.

Wer so wählt, wählt zum Nutzen unseres Gemeinwesens. Danach laßt uns handeln!

Wähler in Wilsdruff!

Der M. G. B. „Sängertrupp“ hielt gestern Abend in der „Alten Post“ gutbesuchter Jahresversammlung ab. Der

Vorsitzende, Herr Dachbedenmeister Ziemert, gab einen allgemeinen Rück- und Ausblick, der Schriftführer erläuterte den Vereinsjahresbericht, der Kassierer den Kassenbericht. In Allem spielten sich die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse des vergangenen Jahres wieder. Der Mitgliederstand hat die 200 erreicht. An Stelle von zwei langjährigen Vorstandsmitgliedern, die um ihren Rücktritt baten, wurden die Herren Arbeiter und Gänther gewählt. Mit neuer Hoffnung geht man ins neue Jahr. Freudig schied man sich weiter zur Pflege des deutschen Liedes an. Dazu sind Sangesfreudige jederzeit herzlich willkommen. Jeden Mittwoch Abend punkt 8 Uhr Singstunde im „Löwen“.

Schulanmeldung. Die Anmeldung der Ostern 1924 schulpflichtig werdenden Kinder hat Dienstag, den 15. d. Mts., im Direktorzimmer der Schule zu erfolgen.

Die Baupolizei ist laut Bekanntmachung des Stadtrats in dieser Nummer mit Rücksicht auf die bereits in Angriff genommene Ausstellung eines Bebauungsplans über die gesamte Klur Wilsdruffs mit der Wirkung verhängt, daß neue oder Veränderungsbauteile nicht oder doch nur insoweit genehmigt werden, als sie nicht die Durchführung der neuen Planung erschweren.

Ueber „Erlebtes und Erträgliches im Wilsdruffer Stadtparslament“ spricht am Freitag in einer Wahlversammlung Herr Stadtrat Voßbach. (Bgl. Inf.)

Kulturarbeit im Volksbildungsministerium. Von gutunterrichteter Seite erfährt der Teunio-Sachsendienst, daß der neue Volksbildungsminister Dr. Kaiser die Aufhebung der veralteten Kampfordnung des gewesenen Volksbildungsministers Fleischer, die sich gegen das Schulgebet, die Teilnahme am Religionsunterricht richtete, im Interesse der Religions- und Gewissensfreiheit aufheben wird. Die bezügliche Verordnung steht unmittelbar bevor. Die völlige Freiheit der Lehrer und Schüler bezüglich der Nichtteilnahme oder Nichterteilung von Religionsunterricht bleibt selbstverständlich garantiert. — Weiter wird mitgeteilt, daß der neue Kultusminister Dr. Kaiser bereits verfügt hat, daß die auf eine Zertrümmerung der höheren Schule hinauslaufenden Reformpläne des Oberregierungsrats Dr. Winkler nur als eine Privatarbeit zu werten sind und daß für die Reform des höheren Schulwesens dieser Arbeit nicht die geringste Bedeutung beigemessen wird.

Sachsen und Nachbarschaft

Dresden, 9. Jan. Die den Kraftwerken Westsachsen, Betriebsdirektion Annaberg, gehörige 30.000-Volt-Leitung Schöppau—Podau, die vom Staate erbaut wurde, ist jetzt ohne Umstände unter Spannung gesetzt und dem Betrieb übergeben worden. Sie fällt in den Rahmen des weiteren folgerichtigen Ausbaues des staatlichen Hochspannungsnetzes im Freistaat Sachsen.

Dresden, 8. Jan. Alois Hora wurde der Dresdner Staatsoper auf drei Jahre als Opernregisseur verpflichtet. — Jan Dahmen ist als Nachfolger des an das Würzburger Konservatorium berufenen Adolph Schiering als 1. Konzertmeister an die Dresdner Staatskapelle berufen worden.

Dresden, 8. Jan. Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat infolge des anhaltenden Frostwetters die Notierungen bis auf weiteres eingestellt.

Meißen, 9. Jan. Die Spaltung, die innerhalb der Sozialdemokratie eingetreten ist, offenbart sich auch in den für die Gemeindegewahlen eingereichten Wahllisten. Neben einer solchen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ist auch ein Wahlvorschlag von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingebracht worden. Leider haben sich auch die bürgerlichen Parteien nicht einigen können und es liegen vor Wahlvorschläge des Bürgerbundes, der Deutsch-Sozialen Partei und der Deutschen Demokratischen Partei.

Schöndau, 9. Jan. Am Sonnabend gegen Abend ist das Treiben der Elbe bei der Malsfabrik Schöna-Herrnsdorf zum Stillstand gekommen.

Schirgiswalde, 8. Jan. Der Stadtgemeinderat hat den Beschluß gefaßt, den Gemeindevorstand während der öffentlichen Dienststunden das Rauchen zu untersagen.

Bautzen, 9. Jan. Die ledige Tochter des Zimmermanns Brenner in Seifendorf kam dem eisernen Ofen so nahe, daß ihre Kleider Feuer fingen und sofort lichterloh brannten. In ihrer Angst lief die Unglückliche auf die Straße, wo Nachbarn die Flammen mit Schnee löschten. Doch hatte das Mädchen bereits schwere Brandwunden erlitten.

Freiberg, 9. Jan. Dem „Freiberg. Anz.“ wird geschrieben: Die Orte Hohenstein-E., Oberlungwitz und Wilsdruff hatten in Hohenstein-Erfsthal in der Metallarbeiterverbandsfiliale eine umfangreiche Zersplitterung, der viele Hunderte von Mitgliedern angehörten und die von führenden Kommunisten verwaltet wurde. Die letzteren haben aber darauf los gewirkt, daß die Zersplitterung vollständig auf dem Nullpunkt angelangt ist und die bisherigen Mitglieder alle ihre Rechte durch diese kommunistische Zersplitterung eingebüßt haben. Jetzt mußte der Metallarbeiterverband eingreifen, um nur einigermaßen etwas für die Mitglieder zu retten. Die Filiale muß wieder, wie vor Jahren, auf neue anfangen und wurde nun von Sozialisten übernommen.

Chemnitz, 9. Jan. Der Bürgerbund Chemnitz wendet sich in einer Fußnote an die Presse gegen die vom sächsischen Volksbildungsministerium verfügte Entfernung bewährter Bücher für den Geschichts- und Deutschunterricht aus den höheren Schulen und schreibt u. a.: „Vor schon jene Verordnung in der letzten Notzeit ein finanzieller Unfug, so bleibt doch die Hauptsache, daß die Verfügung erfolgte, um dem Parteidogma zu dienen. Mit Geist vermag man's nicht, so wendet man sich eben zu der mittelalterlichen Methode des Scheiterhaufens. Der praktische Erfolg ist gleich null, solange nicht auch alle Leihbibliotheken durchsucht und gereinigt werden, solange man den Buchhandel nicht zensuriert in gleicher Weise, solange die Haupterziehungsarbeit dem Elternhause überlassen bleibt, denn man soll doch die Wirkung der Schule nicht so maßlos überschätzen, daß man meint, sie vermöge schlechterdings alles. Schließlich sind folgende Einwände zu machen: a) Was hat die Frömmigkeit, die ja auch verboten wird, mit der Staatsform zu schaffen? Sind für die Republik die ungelassenen Dugendlichen von heute, die die Internationale auswendig plärren mögen, wertvoller, oder Menschen, deren Lebensanschauung lebhaft in Gottesfürchtigkeit wurzelt, und die ihr Haupt demütig vor etwas Absolutem zu beugen vermögen, die also auch Ehrfurcht vor dem Staat und seinen Gesetzen haben? b) Man sollte lieber sein Augenmerk auf die sittliche Verwahrlosung richten und einen unbarmherzigen Kampf gegen die blühende Schundliteratur eröffnen. Nicht der ist staatsgefährlich, der sich mit den Helden deutscher Staatsgeschichte und deutscher Arbeit liebend beschäftigt, sondern der, der bolschewistische und anarchistische Literatur pflegt und der fernest verwehrt wird. c) Hat der Sozialismus schon solche großen Geister erzeugt, die

würdig die größten unserer Geschichte ersetzen können? Die Herren Minister und Parteifunktionäre sollen doch erst einmal solche Leben verkörpern, dann ist die Frage einer Neugestaltung der Lehrbücher diskutabel. Mit Helben wie Zeigner und dergleichen doch wohl nicht, die uns fünf Jahre lang in immer größerem Elend geführt haben. d) Von einer obersten Schulbehörde erwartet man Geist und Vernunft und nicht bloß ewig den Willen zum Einseitigen, ohne daß ein Anderes, Besseres dafür zuvor geboten, geschaffen, geleistet und gelebt ist.

Chemnitz, 8. Jan. Am Zweigwerk der sächsischen Maschinenfabrik stieg der 59 Jahre alte Kupferschmied Ruppe aus Büstenbrand der Vorrichtung zu einem glühenden Eisenstab in einen eingefrorenen Schweißapparat, der mit Carbid gefüllt war. Der Apparat explodierte, wodurch Ruppe auf der Stelle getötet wurde.

Lichtenstein-Collenberg, 8. Jan. Am Montag mittag brach im Dachstuhl des hiesigen Lehrerinnenseminars Feuer aus, das einen größeren Umfang annahm.

Reichenbach, 9. Jan. Auf dem hiesigen Oberen Bahnhof wollte ein 41jähriger Oberkassier aus Brunn aus dem ausfahrenden Güterzuge springen, rutschte aber ab, geriet unter die Räder und wurde tödlich überfahren.

Leipzig, 9. Jan. Am Montagmorgen hörte der Polizeihauptmann a. D. T. beim Ankleiden in dem von ihm, seiner Mutter und Schwester allein bewohnten Landhause den recht sonderbaren Gesang einer Männerstimme. Er ging dem Klänge nach und entdeckte im Keller des Hauses einen schwer bezeugten älteren Mann am Boden liegen, der aus voller Kehle sang. Der Einbrecher war nachts in den Keller eingestiegen, hatte sich verschiedene Sachen zusammengepackt, sich bei dieser Arbeit aber durch Austrinken je einer Flasche Rum und Wein gestärkt. Er erhielt zunächst eine gehörige Tracht Prügel und wurde dann nach der Polizeiwache gebracht. Wie es sich herausstellte, handelt es sich um einen Gewohnheitseinbrecher.

Leipzig, 8. Jan. Amlich wird gemeldet: Am Sonntag Abend gegen 7 Uhr wurden in der Nähe des Schützenhofes zwei auf ihrem Dienststrümpfen befindliche Polizeibeamte von einer bewaffneten Bande von acht Mann plötzlich überfallen. Die Beamten mußten sofort die Hände hoch halten, dann nahmen ihnen die Banditen die Revolver, Koppel und Schlagringe ab. Während der Entwaffnung wurde den Polizisten der Revolver an die Schläfe gelegt, so daß jeder Widerstand unmöglich war. Die Bande drängte dann die wehrlosen Beamten in den Wald und entkam dadurch unerkannt. — Wenn man diese Meldung liest, muß man es sich noch einmal überlegen, ob dieser unglaublich klingende Vorfall wirklich in einer sächsischen Großstadt sich ereignen konnte, in einem Staate, der nicht nur zu den zivilisierten gezählt wird, sondern in dem sogar der Ausnahmezustand herrscht.

Börse · Handel · Wirtschaft

Gescheiterte Tarifverhandlungen in Dresden.

Dresden, 9. Januar. Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten sind bei sämtlichen Arbeitgeberverbänden gescheitert. Es ist der Schlichtungsausschuß angerufen und es steht zu erwarten, daß im Laufe dieser Woche die Schiedssprüche gefällt werden.

Stimmungsbericht der heutigen Dresdner Börse.

(Eigener Fernsprechkreis der Sachsen-Zeitung)

Luftstille auf allen Gebieten des Aktienmarktes war das Kennzeichen der heutigen Börse. Jedoch ist ein gewisser fester Grundton gegenüber den letzten Tagen nicht zu verkennen. Die Kursveränderungen bewegten sich in niedrigen Grenzen. Das Angebot war nicht übermäßig stark und konnte leicht aufgenommen werden.

Dresdner Schlachtviehmarkt von heute, den 10. Januar 1924.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“)

Antrieb: 805 Stück. 1. Rinder: — Ochsen, 9 Bullen, 20 Kalben u. Kühe, 881 Rinder, 15 Schafe, 882 Schweine. Preise in Mark: 1. Rinder für Lebend- u. (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht: Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes bis zu 8 Jahren 46 b. 60 (87), 2. junge fleischige, nicht ausgewachsene, ältere ausgewachsene 38 bis 42. (77) 2. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 30 bis 36. (70), 4. gering genährte jeden Alters 27 bis 29 (68 —). Bullen: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes 46 bis 60. (87), 2. vollfleischige jüngere 38 bis 42 (77) 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 30 bis 36. (70), 4. gering genährte — bis — (—). Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes 46 bis 52. (—), 2. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 44 bis 46. (—), 3. ältere ausgewachsene Kühe u. gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 36 bis 40. (—), 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 28 bis 32. (—), 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 20 bis 26. (—). Rinder Doppelpreise: 1. 1. —, (—), 2. beste Mast- und Saugfärbler 68 bis 72 (118), 3. mittlere Mast- und gute Saugfärbler 66 bis 60 (97), 4. geringe Mastfärbler 47 bis 50. (87), Schafe: 1. Mastlamm und jüngere Mastschaf 40 bis 50. (90), 2. ältere Mastschaf 30 bis 36. (76), 3. mäßig genährte Hammel u. Schafe (Mergschaf) — bis — (—), 4. Schweine. Feinere Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 66 — 70. (87), 2. fettschwere 68 — 72 (88), 3. fleischige 68 — 82. (80), 4. gering entwickelte — (—), 50 — 60. (78). Über 850.000 (800 Milliarden). — Die Preise für Rinderpreise für nachternes Gewicht der Tiere und schließlich sämtliche Preise des Handels ab Stall, Frachten, Markts- und Verkaufssteuern, Umschlagsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust Rinder haben sich alle wesentlich über die Stallpreise. Ueberstand: — Rinder, — Schafe, — Schweine.

Berliner Produktenbörse von heute, den 10. Januar.

(Eigener Fernsprechkreis der Sachsen-Zeitung)

Der Doppelgetreide in Goldmark.
Weizen 15,6—15,9. Roggen 14,1—14,3, bebaupelt. Sommergerste 16,5—16,8, ruhig. Hafer, märk. 11,1—11,8. Weizenmehl 24,75—28. Roggenmehl 25,25—26. Weizenkleie 7,80—8. Roggenkleie 7,58. Raps 28.

Die heutige Ausgabe der „Sachsen-Zeitung“ umfaßt 6 Seiten.

Verlags- und Redaktionsleitung: Paul Frenzel.
Verantwortlich: Für die Politik, Handel und Unterhaltung: Paul Frenzel, für „Was Stadt und Land“, „Was dem Freistaat“, „Sport“ und den übrigen teilsigen Inhalt: Hermann Köpfig. Für die Anzeigen und Reklamen: H. Köpfer, Verleger und Druck: Arthur Zischke, (Eigentlich in Wilsdruff-Dresden).

Papier-, Papierst.-Fabr. und Photogr.-Artikel-Unt.

**Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff** WILSDRUFF
Wilsdruffer Landstraße 101 • 01067 Dresden • Tel. 0351 463 11 11

Finanzminister Dr. Reinhold über die Finanzlage Sachsens.

Der neue sächsische Finanzminister Dr. Reinhold empfing am Montag nachmittag die Vertreter der sächsischen Presse, um ihnen einen Ausblick über die gegenwärtige Finanzlage des sächsischen Staates zu geben. Einleitend bemerkte er, daß er bei der Übernahme seines Postens das Gefühl gehabt habe, daß jemand, der seine Erfahrungen aus der Wirtschaft und nicht aus der Beamenschaft bringt, auch einmal seine Dienste zur Verfügung des Staates stellen müsse. Zu seinem eigentlichen Thema übergehend erklärte er, er sehe seine Hauptaufgabe darin, daß das Finanzministerium alles tun müsse, um unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, weil ohne eine gesunde Wirtschaft die Staatsfinanzen nicht wieder in Ordnung gebracht werden könnten.

Mit der von der letzten Regierung durch Notverordnung eingeführten Gewerbesteuer kann sich der neue Finanzminister nicht befreunden. Er habe, so führte er aus, sich überzeugt, daß diese Notverordnung undurchführbar sei. Sie würde, wenn es überhaupt möglich gewesen wäre, die betreffenden Beträge einzubringen, eine solche Vorenthaltung der Wirtschaft darstellen, daß sie in dem gegenwärtigen Augenblick, wo die Wirtschaft endlich wieder in Gang kommen könnte, einfach katastrophal wirken müßte. Die Hauptträger der Steuerlasten könnten freilich nicht die Beamten, Angestellten und Arbeiter sein. Handel, Industrie und Gewerbe hätten tatsächlich bei der Geldentwertung sehr wenig gezahlt. Er wisse es auch, daß in diesem Moment, da die Staatskassen leer seien, eine sofort fließende Steuer von erheblichem Umfang erschlossen werden müsse. Aber man dürfe die Steuer auch keineswegs in der Weise erheben, daß man die Betriebe unzulässig sei, weil Summen von einigen Goldmarken von einzelnen Betrieben gefordert werden, die sie einfach nicht hergeben könnten. Er habe deshalb eine Verordnung erlassen, nach der zunächst Stundungsgesuche in weitestgehendem Umfang berücksichtigt werden sollen und eine zwangsweise Eintreibung nicht stattfinden darf unter der Voraussetzung, daß vorerst ein Fünftel der ersten Steuerquote beglichen wird. Er habe für Dienstag die Vertreter der Handels- und Gewerbetreibenden zu sich gebeten, um von ihnen zu hören, was die Wirtschaft als äußerste Grenze aufbringen könne.

Der Minister ging weiter auf den Bedarf des sächsischen Staates ein. Den gesamten Bedarfsbedarf des Staates einschließlich der Pensionen, Volkshochschulgebühren usw. bezifferte er auf 112 Goldmarken im Jahre. Bisher habe das Reich an Befoldungszuschüssen im Monat etwa 4 Goldmarken gewährt, jährlich also 48 Millionen, so daß vom Staate noch etwa 60 Millionen für Befoldungen zu decken seien. Bei diesem Befoldungsaufwand sei der Beamtenabbau noch nicht berücksichtigt. Mit seiner Durchführung würden etwa 10 Prozent Ersparnis zu erzielen sein. Nach dem Etat von 1914 betrug der Gesamtaufwand für die Beamenschaft 90 Millionen, wozu noch die Volkshochschule und die Landespolizei kamen. Zu dem Befoldungsaufwand treten noch Ausgaben sächlicher Art, die der Minister bei äußerster Sparbarkeit auf 50 Millionen Goldmark im Jahre schätzte. Weiter treten hinzu die augenblicklichen Unterstützungen für Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner in Höhe von 1 Million wöchentlich. Der Gesamtabbedarf des Staates stelle sich demnach auf rund 220 Millionen Goldmark. Im letzten Friedensjahr stellte sich der reine Staatsaufwand nach Abzug der Ausgaben für die werdenden Betriebe auf 195 Millionen Goldmark. Davon waren 40 Millionen abgezogen für Vergütung und Tilgung der Staatsschulden und weitere 20 Millionen, so daß man auf 135 Millionen kam.

Der Minister erörterte anschließend die wichtige Frage, ob es möglich sein werde, diesen Staatsbedarf zu decken, ohne die Steueranforderungen zu übersteigern. Und er bejahte diese Frage. Er sei überzeugt, daß die Bilanzierung des Haushalts

bei Anspannung aller Kräfte möglich sein werde unter der Voraussetzung, daß uns das Reich unsere Steueranteile in genügender Form überweist und uns zu den Ausgaben, die durch den Krieg entstanden sind, wie Erwerbslosenfürsorge usw., eine genügende Unterstützung gibt. Er schätze, daß aus den kleinen Steuern etwa 60—70 Millionen zu erwarten seien. Neben den Befoldungszuschüssen und dem Ertrage der werdenden Betriebe würde ein Minus von etwa 50 Millionen bleiben, das durch Landessteuer gedeckt werden müßte. Diese Deckung wäre möglich durch ertragreichere Ausgestaltung der Grund- und Gewerbesteuer. Eine Vorenthaltung, wie sie durch die Gewerbesteuer-Notverordnung vorgesehen sei, würde also nicht notwendig sein. Augenblicklich freilich seien die Staatskassen leer und es müsse mit äußerster Anstrengung dafür gesorgt werden, daß die nötigen Mittel für die Beamtenbefoldungen und die Erwerbslosenfürsorge aufgebracht werden. Darum müßten vom Landtag sofort fließende Steuerquellen gefordert werden.

Auf eine Anfrage, wie er sich zur Arbeitgeber-Abgabe stelle, erklärte der Minister, diese Steuer sei ihm aus sozialen und politischen Gründen unerwünscht. Steuertechnisch freilich sei sie zu rechtfertigen, weil ihre Erhebung sehr einfach sei. Auch legten die Gemeinden großen Wert auf diese Steuer. Man werde also wohl provisorisch auf diese Abgabe zukommen müssen.

Seine erste Aufgabe, so fuhr der Minister fort, sehe ich darin, den Etat auf Goldmark umzustellen, um Ordnung hineinzubringen. Mein weiteres Augenmerk geht dahin, die Steuern jetzt so festzusetzen, daß sie einen sofort greifbaren Ertrag erbringen und unsere Verluste, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, nicht gefährdet werden. Endlich sind die werdenden Betriebe des Staates jetzt in Aktiengesellschaften umzuwandeln, um die Möglichkeit zu haben, daß diese Betriebe sich selbst tragen und daß sie vor allem auch Kredit finden auf dem Weg der Anleihe.

Scharf betonte der Finanzminister, er werde von Sachsen aus alles unterlassen, was eine inflationsische Wirkung haben könnte. Er sei überzeugt, daß wir alle — Reich, Länder und Privatgesellschaften — verloren seien, wenn wir noch einmal eine neue Inflation bekämen. Wie er aber von Sachsen aus keinen solchen Weg fördern werde, so müsse er auch vom Reiche verlangen, daß alle deutschen Staaten gleich behandelt werden und nicht dem einen verboten werde, was dem anderen erlaubt sei.

Die Frage einer etwaigen späteren Finanzhoheit der Länder sei sehr schwer zu lösen, er selbst könne es sich nicht gut denken, daß die Steuerverwaltung wieder auf die Länder übergehen sollte. Dadurch müßte jetzt eine Störung eintreten, die wir unmöglich ertragen könnten. Auf jeden Fall müsse in Deutschland die Einheitlichkeit der Steuererhebung erhalten bleiben, dafür trete er schon als Initiator ein.

Die Ausführungen des neuen Finanzministers, der bereits einmal das sächsische Finanzministerium geleitet hat, bewiesen, daß man einen gewissen Reiz der Finanzen und der Wirtschaft vor sich hat, der bereits die wenigen Stunden, die er im Amt sitzt, gewissenhaft benützt hat, sich die so notwendige Klarheit über den Stand der sächsischen Finanzen in groben Umrissen zu verschaffen, einen Mann, der auch gewillt ist, das für richtig Erkannte mit zäher Energie durchzuführen.

Eine mißlungene Aktion des politischen Staatsanwalts Dr. Herzog.

Dresden, 7. Jan. Vor dem hiesigen Schöffengericht fand heute vormittag die Verhandlung gegen den Major a. D. Köster, den Geschäftsführer des Verbandes sächsischer Industrieller, Dr. Meißner, und gegen weitere 20 Mitglieder des im Mai 1923 in Dresden gegründeten Bürgerlichen Ordnungsdienstes statt. Die Mehrzahl der Angeklagten wurde am 27. Juli gelegentlich einer Sitzung des sächsischen Militärvereinsbundes, dem sie als Saalschutz gegen die besonders an diesem Tage, dem linksradikalen Antisozialistentag, geplanten Überfälle dienen sollten, verhaftet. Die Anklage wirft den beiden zuerst genannten und zwei weiteren Angeklagten die Bildung bewaffneter Haufen nach § 127 Abs. 1 des StGB, den übrigen Teilnahme an bewaffneten Haufen und unbefugten Waffenbesitz in Gemäßheit der sächsischen Verordnung vom 15. November 1904 vor. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten wohl an dem Saalschutz sich beteiligten, Waffen aber nicht getragen haben, lediglich zwei der Angeklagten sind im

Besitz von Gummiknüppeln befunden worden. Der Angeklagte Dr. Meißner führte aus, daß die feierliche Anordnung der Tagesordnung gewöhnlichen Terrorakte der linksradikalen Elemente, die ungläubigen Akte von Rohheit, Erpressung, Vergewaltigung, Mord, von denen noch nicht ein einziger Fall zur Anklage oder zur Verurteilung gestanden hat, die geradezu recht- und schuldlos bürgerlichen Bewohner zum Selbstschutz herausgefordert hätten. Die Polizeigewalt Sachsens in den Händen der linksradikalen Führer habe einen Schutz des Bürgerlums entweder nicht übernehmen können oder auch nicht übernehmen wollen. Es sei eine Art von Pflichterfüllung gewesen, durch Bildung des Ordnungsdienstes das Bürgerlums und seine Veranlassungen zu schützen. Daß man die meisten jungen Mitglieder des Bürgerlichen Ordnungsdienstes nicht vollkommen schuldlos den teilweise mit viehischer Rohheit vorgehenden Kommunisten ausliefern konnte, sei selbstverständlich und habe dazu geführt, eine Bewaffnung mit Gummiknüppeln vorzunehmen, die aber nur auf besonderen Befehl zum Sammelplatz mitgebracht werden durften. Zum Saalschutz am 29. Juli sei ausbrüchlich — und das wurde durch die Beweisaufnahme auch bewiesen — Anweisung ergangen, keinerlei Waffen mitzuführen. Die Anklage sei eine politische Aktion des jetzt in Untersuchungshaft befindlichen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und seines Amtsnachfolgers.

Der Bürgerliche Ordnungsdienst sei im Gegensatz zum Proletarischen Selbstschutz, der die weitestgehende Unterstützung der Regierung und der Führer der Polizei gefunden und unter den Augen des sächsischen Polizeipräsidenten Meißner sogar eine Parade habe abhalten können, verboten worden. Dies sei eine Aktion des politischen Staatsanwalts Dr. Herzog, eines Sozialdemokraten, der an den Gründern und an Mitgliedern des Bürgerlichen Ordnungsdienstes jedenfalls ein Exempel statuieren wollte. Erst der Ausnahmezustand habe einigermaßen Sicherheit im Lande gebracht und einen Ordnungsdienst der Bürgerlichen, aber auch den Proletarischen Selbstschutz überflüssig gemacht. — Der Staatsanwalt Assessor Wagner beantragte Bestrafung sämtlicher Angeklagten und demühte sich, die Kriterien des § 127 Abs. 1 und 2 als voll gegeben zu beweisen, stellte aber die Höhe der Strafe in das Ermessen des Gerichts. — Scharf ging der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Semson, gegen die Anklagebehörde vor und zerplückte die Anklageurteile. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht das Urteil, nach dem sämtliche Angeklagte bis auf Busch und Johannes Brüdner freigesprochen wurden. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. Einer Reihe von Angeklagten werden auch die entstandenen notwendigen Auslagen vergütet. Lediglich wegen unbefugten Tragens eines Gummiknüppels werden die beiden vorgenannten Angeklagten zu je 10 Goldmark Geldstrafe, Brüdner außerdem wegen nicht genehmigten Besizes eines Jagdgewehrs, das in seiner Wohnung als Wandschmuck diente, zu weiteren 30 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

So endete eine auf politische Gegnerschaft begründete, zweifellos durch den jetzt kaisergeliebten Minister Liebmann veranlaßte Anklage des politischen Staatsanwalts Dr. Herzog. Wenn durch den Prozeß irgend etwas erwiesen worden ist, so ist es die Tatsache, daß, wie schon so oft und von verschiedenen Stellen behauptet worden ist, die politischen Staatsanwälte eine Institution darstellen, die den bisher am Ruher befindlichen gewöhnlichen politischen linksradikalen Nachhabern als Werkzeug diente, ihnen unbequeme politische Gegner unter Anklage und womöglich zur Aburteilung zu bringen. Darum fort mit den politischen Staatsanwälten!

Landwirtschaftliches

Sächsischer Landbund.

Dresden, 9. Jan. Am Anschluß an die diesjährige Landwirtschaftliche Woche, deren Beratungen vom 21. bis 25. Januar dauern, wird der Sächsische Landbund am 25. Januar im Zirkus Carasani in Dresden seine Hauptversammlung abhalten. Nach einer Begrüßungsansprache des Landbundesvorsitzenden Landtagsabgeordneten Pagenstecher sprechen Varrar Mühlhausen-Leipzig über „Nationale Pflichten des Bauern“ und der Vorsitzende des Reichslandbundes Gutsbesitzer Hilger-Spiegelberg über „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der sächsischen Landwirtschaft“.

Schiffsweg.

Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Linke, Dresden-21
Roman von Matthias Biank.

„Ich will das nicht wissen. Was wurde von mir gesprochen?“

Heinz von Wallendorf konnte der Frage nicht nochmals antworten, und so harmlos er die Antwort zu geben versuchte, eine leichte Verlegenheit lag doch auf seinen Worten, als er erwiderte: „Was letzte gesprochen wurde, konnte ich nicht hören, und danach fragen möchte ich nicht.“

„Ich verstehe. Du willst mich schonen. Aber ich habe die Anklagen gegen mich schon so oft gehört, daß ich die Wahrheit ertragen kann. Sie halten mich für den Mörder?“

„Du weißt ja, wie sehr alles gegen dich spricht.“

„Ja! Für die Menschen bin ich der Mörder meines Vaters.“

„Sie glauben es.“

„Ich wundere mich nicht mehr darüber, wenn es auch schwer zu ertragen ist. Wäre ein anderer in der gleichen Lage hier an meiner Stelle, würde auch ich gewiß an seiner Schuld nicht zweifeln.“

„Du vergißt, daß ich nicht darum glaube. Ich lenne dich ja gut. Vor deinem Verstand und deiner Spielsucht warnte ich dich oft genug. Aber das weiß ich, daß du einer solchen Tat nicht fähig bist. Und du darfst gewiß sein, daß ich nicht nur so spreche, weil ich dein Verteidiger bin.“

Anton von Regensperg reichte ihm die Hand. „Ich danke dir für deinen Glauben. In meiner Hand soll zwar Blut leben, aber ich darf sie dir ohne zu heucheln geben. Ich bin mir keiner Schuld bewußt. Nur zum Zeichen meines Dankes möchte ich sie dir reichen.“

Heinz von Wallendorf ergriff die Rechte Anton's: „Ich glaube dir!“

„Ich weiß es, und was noch mehr ist, ich fühle, daß du mir glaubst. Aber...“

Er sprach nicht weiter. Aufstöhnend senkte er den Kopf auf die Brust.

„Kann ich dir irgend eine Erleichterung verschaffen?“

Anton von Regensperg meinte mit einer müden Hand-

bewegung ab: „Danke! Ich wünsche nichts.“ Seine Stimme klang hastender, als er sagte: „Ich fragte bisher nie, weil ich nicht wollte. Aber gewartet habe ich immer darauf, so oft du zu mir kamst. Du hast immer geschwiegen; ich verstehe es gut. Du wolltest mich schonen. Ich weiß es. Aber ich glaube, daß ich nun jede Wahrheit ertragen kann. Was spricht Ada von mir?“

Ein paar Augenblicke war es still. Heinz von Wallendorf versuchte dem Blick Anton's auszuweichen.

Anton von Regensperg setzte sich auf die harte Peltche, als fürchtete er, die Füße könnten seinen Körper nicht mehr tragen; er zwang sich zu einem verzerrten Lächeln. „Ich verstehe!“ Auch sie hat den Glauben an mich verloren. Es müßte so kommen: wäre es anders, hättest du mir davon längst erzählt. — Also alles zu Ende! Auch das zu Ende! Und ich kann ihr nicht einmal grob sein; es ist mir manchmal so, als hätte ich wirklich für immer mit der Welt abgeschlossen. Sie wird einen anderen glücklich machen. Oder...“ Er blinzelte rasch auf. „Verbirgst du mir noch mehr? Heinz! Ich bitte dich, verschweige mir nicht!“

„Frage mich nicht! An dich sollst du denken! Du sollst mir einen Fingerzeig geben, was ich noch tun könnte, um dich zu retten.“

„Du weißt mir aus? Also ist es doch so, wie eine Ahnung mir sagt. Ich schwöre dir, mir zu sagen, was ist mit Ada geschehen?“

Die Gedanken des Verhafteten ließen sich nicht mehr leiten; er beschäftigte sich in seinen einsamen Stunden so viel damit, daß er davon nicht mehr frei werden konnte.

Gedankt gab Heinz von Wallendorf ihm die Antwort:

„Aber hat sich mit Ada verlobt.“

Anton schwieg. Das Lächeln in seinem Gesicht schien zu erstarren. Er nickte, trüb und müde. Die Worte rangen sich schwerfällig von seinen Lippen, so leise, als redete er mit sich selbst: „Aber — das Erbe und auch sie! Nun ist alles sein.“

„Du sollst daran nicht denken! Andere Fragen sind jetzt dringender. Du mußt frei werden.“

„Frei? — Wozu?“

Er strich mit der zitternden Hand über die Stirne, als wollte er sich frei machen von der Qual, die sein Hirn marterte.

Dann begann er: „Du hast recht! Das alles liegt jetzt weit

von mir, so weit, daß ich nichts mehr zu erreichen vermag. Was willst du noch von mir hören? Alles ist vergeblich. Kein Mensch glaubt mehr an mich. Alle nennen sie mich schuldig des Vatermordes!“

„Weißt du niemand, der dich in jener Nacht gesehen haben könnte. Fiel dir nichts mehr ein, wodurch es mir gelingen könnte, die Wahrheit deiner Aussagen zu beweisen?“

„Wir haben darüber schon so viel gesprochen. Ich weiß nichts mehr. Du hast alles getan, was möglich war. Du hast suchen und nachforschen lassen, fragen und anhören; es fand sich für mich kein Zeuge. Ich kann den Ermordeten furchtbare Anklage nicht aus der Welt schaffen.“

„Glaubst du nicht, daß die Schrift doch gefälscht sein könnte?“

„Nein, ich kann es nur wiederholen, sie ist nicht gefälscht!“

„Mit diesem Zugeständnis sprichst du dein eigenes Urteil.“

„Ich halte die Schrift für die meines Vaters.“

„Solltest du einen Doppelgänger haben, dessen Aussehen deinen Vater täuschen könnte? Ich dachte daran, daß jemand versucht haben könnte, sich zu verkleiden, um den Verdacht auf dich abzuwälzen. Ich frage dich nochmals, kennst du niemand, der um deine Zerwürfisse mit deinem Vater wußte? Die geringste Spur würde ich verfolgen lassen.“

„Ich sagte dir ja so oft, ich weiß nichts. Alles ist vergeblich.“

Anton von Regensperg schwieg und starrte müde vor sich hin.

Nach langer Pause begann er: „Die Entscheidung muß nun bald fallen. Ich kann nichts Neues mehr anbieten. Du hast alles kennen gelernt und geprüft; du kannst mir nun auch noch die letzte Wahrheit sagen. Darf ich hoffen? Du kannst es mir ruhig erklären, denn ich weiß, daß du Unmögliches nicht möglich machen kannst. Wie wird das Ende sein?“

„Ich bin ja überzeugt, daß du die Wahrheit gesprochen hast.“

„Ich spreche nicht von dir und deinem Vertrauen zu mir. Darüber will ich Klarheit haben: Wenn im Gerichtssaal alles aufgerollt wird, was wird werden?“

Heinz von Wallendorf zog die Schultern hoch und schwieg.

„Man wird mich verurteilen?“

(Fortsetzung folgt.)

Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau.

Die Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau zu Pillnitz bei Dresden hat eine kleine einführende, mit einigen Abbildungen versehene Anfallschrift herausgegeben. Sie enthält u. a. eine Übersicht über die verschiedenen Lehrgänge, deren Ziel und Lehrpläne, die Aufnahmebedingungen und die Ordnungen für die 1. und 2. staatliche Fachprüfung. Während die 1. Prüfung (Prüfung zum staatlich geprüften Gartenbautechniker) als Vorgangsprüfung des zünftigen höheren Lehrgangs an dessen Stoffplan gebunden ist, kann die 2. Prüfung (Prüfung zum staatlich diplomierten Gartenbauinspektor) nach Wahl des Prüflings in einem oder mehreren der Prüfungsfächer: Erwerbsgartenbau, Obst- und Gemüsebau, Botanische und Versuchs-gärtnererei, Gartenkunst, abgelegt werden. Die Prüflinge des 2. Examens müssen 7 Jahre Praxis nachweisen und das 2. Examen bestanden haben. Beginn des neuen Unterrichtsjahres Anfang April 1924. Die Anfallschrift wird gegen Voreinsendung von 50 Pfennigen als portofreie Dienstsache von der Staatslehranstalt versandt.

Für das Bürgertum

Abrechnung der Frachtbeträge im Eisenbahn-Güterverkehr.

Die Abrechnung der Frachtbeträge im Eisenbahn-Güterverkehr, die bisher bei Beträgen bis 100 Mk. auf 0,10 Mk., bis 300 Mk. auf 0,30 Mk., über 300 Mk. auf volle Mark nach oben erfolgte, ist ab 1. Januar geändert worden. Nunmehr werden wieder wie vor dem Kriege alle Frachtbeträge gerundet, das heißt Beträge unter 5 Goldpfennigen weggelassen, Beträge von 5 Goldpfennigen ab für 10 Goldpfennige gerechnet werden.

Obermeisterstag des Verbandes sächsischer Bäckerinnungen.

Eine Tagung sämtlicher Obermeister der Bäckerinnungen Sachsens fand am Freitag im Regierhaus zu Dresden statt. Sie befaßte sich neben anderen Berührungspunkten mit der durch die Verhältnisse bedingten Einstellung der Preisbildung auf Goldmark. Hinsichtlich der Gewerbesteuer und der durch die sächsische Notverordnung eingeführten und vom Reich wieder aufgehobenen Arbeitgeberabgabe wurde folgende Entschiedenheit einstimmig angenommen: Der Obermeisterstag des Verbandes sächsischer Bäckerinnungen erhebt schärfsten Einspruch gegen die unglaubliche Uebersteigerung der sächsischen Gewerbesteuer und die Neu-einführung der Arbeitgeberabgabe. Er verlangt unbedingt die Aufhebung der Notverordnung und die Anwendung der im Gewerbesteuergesetz vom Juli 1923 niedergelegten Steuerfüße. Die Uebersteigerung der Gewerbesteuer würde eine erhebliche Vertenerung des Brotes bedeuten. Die Allgemeinheit mag selbst beurteilen, ob die Maßnahmen der sächsischen Regierung in ihrem Interesse liegen.

Teilnahme der Kinder an kirchlichen Feiertagen

(Eine Verfügung des Kultusministeriums.)

Dresden, 10. Jan. Seitens des Kultusministeriums wird eine Verfügung erlassen werden, die die Teilnahme der Schulkinder an kirchlichen Feiertagen durch Verurlaubung vom Schulunterricht ermöglichen soll, soweit nicht die Feiertage außerhalb des Schulunterrichts fällt. Ratsgebend für die Entscheidung der Kinder soll ein begünstigter Wunsch der Eltern sein. Damit wird der berechtigten Entrüstung der Elternschaft über die entgegenstehenden Erlasse des Kultusministers Rechnung verschafft.

Aus der Beamtenwelt

Um rege Mitarbeit der interessierten Kreise wird gebeten

Ueberzählige Beamte als Siedler.

Das Preimissionsamt der Deutschen Beamtenenschaft veröffentlicht einen Vorschlag, wonach den unter den Beamtenabbau fallenden Beamten auf Grund eines sich an die Siedlungsgesetzgebung anschließenden Gesetzes der Erwerb eines Grundstücks durch Kapitalisierung des Ruhegehalts erleichtert werden soll. Die preussische Landesplanungsbehörde wäre zu gewissen Zugeständnissen hinsichtlich Darlehenshergabe bereit.

Gemeinde-Verwaltungsbeamten-Caufbahn.

Wie der Sächs. Gemeindebeamtenbund mitteilt, beschäftigen verschiedene Gemeindeverwaltungen, auch Ostern 1924 wieder Verwaltungsgemeinschaften einzustellen. Waren bisher schon die Aus-sichten auf Anstellung solcher junger Leute sehr gering, so hat sich durch den angeordneten Personalabbau nahezu jede Aussicht auf einen Aufstieg im Gemeindebeamtenberuf auf lange Jahre hinaus verschlossen. Selbstverständlich wird auch einmaliger Bedarf an Arbeitskräften durch abgebautes Personal zukünftig gedeckt. Unter diesen Umständen werden alle Eltern und Erziehungs-pflichtigen auf ihre Pflicht verwiesen, ihre Kinder und Erziehungs-pflichtigen vom Eintritt in einen Beruf abzuhalten, in dem, abgesehen von einer geradezu unwürdigen Entlohnung, auf absehbare Zeit irgendwelches Fortwärtkommen ausgeschlossen ist.

Ruhestandsbezüge.

Den im Wartegeld und im Ruhestand befindlichen säch-sischen Beamten, Gehilfen und Lehrern, sowie ihren Hinter-bliebenen werden die Versorgungsbezüge für die zweite Hälfte Januar, wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten, am 14. Januar durch die Postanstalten ausgezahlt werden.

Einstellung in die Landespolizei.

Durch die Aufstellung der sächsischen Hilfspolizei sind ver-schiedentlich Zweifel darüber entstanden, ob neben der Einstel-lung in die Hilfspolizei noch eine Annahme von Polizeianwärtern für die Landespolizei stattfindet. Zur Klärung dieser Zweifel wird mitgeteilt, daß nach wie vor junge Leute vom vollendeten 19. bis 24. Lebensjahre, die mindestens 1,68 groß, unversehrt und unbescholten sind, bei der Landespolizei als Polizeianwärter angenommen und auf der Landespolizeischule in Reichen-aue ausgebildet werden. Über die weiteren Bedingungen geben die Meldebüroen in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bismarck, Plauen, Ritzow und Meissen mündlich oder schriftlich bereitwillig Aus-kunft. Dort können auch noch unentgeltlich Fragebogen für die Meldung erbeten werden. Alle Einstellungsgesuche sind schriftlich an die Hauptmeldestelle bei der Landespolizeischule Reichen-faldenberg zu richten.

Die Handhabung des Beamtenabbaues durch die neue sächsische Regierung.

Dresden, 9. Jan. Der Teleskop-Sachdienst erfährt zuverlässig, daß der von der letzten sozialistischen Regierung mit einer einigermaßen auffälligen Schnelligkeit eingeleitete Be-amtenabbau von der jetzigen Regierung in einer Weise fortge-setzt werden soll, die jede Härte vermeidet. Der Abbau selbst wird jedenfalls nicht schneller vorgenommen werden, als von den übrigen reichsdeutschen Ländern. Man wird bei dem Beamtenabbau auf die wohlverordneten Rechte der Beamten weitgehend Rücksicht nehmen.

Steuern · Zölle · Abgaben

Die Arbeitgeber-Abgabe.

Zu dieser Frage schreibt der Abgeordnete Kunisch (Dt. Vp.), der Vorsitzende des Landesausschusses für das sächsische Handwerk, der übrigens im Einverständnis mit seiner Fraktion einen Antrag sofort nach Bekanntwerden der Notverordnung auf Aufhebung derselben an den Landtag gestellt hat: „Die Rechtsgültigkeit der Notverordnung über die Arbeitgeberab-gabe ist nach meiner Ansicht auf Grund von Artikel 40 Abs. 1 der sächsischen Verfassung nicht gegeben, eine Auffassung, die von den anderen bürgerlichen Parteien und der Presse auch ver-treten wird. Sie ist außerdem ein schlechtes Neujahrsgeschenk an die sächsische Regierung und vor allem an die sächsische Arbeiter-schaft. Die Besteuerung der Betriebe nach der Zahl des be-schäftigten Personals führt automatisch dahin, daß in der Ver-wendung von Arbeitskräften die denkbarste Sparsamkeit im Betrieb geübt wird und jede unproduktive Verwendung von Arbeitskräften, die aus sozialen Gründen von vielen Unter-nehmungen vorübergehend geschah, unterbunden wird. Die sächsische Notverordnung über die Arbeitgeberabgabe bringt gegenüber dem aufgehobenen Reichsgesetz noch eine besondere Ungerechtigkeit dadurch, daß durch die Verbindung mit dem Ge-werbesteuergesetz die Konsumverteilung, Produktivitätsgeschaf-fen und auch andere Wirtschaftsfaktoren, die ihren Abstieg auf Al-lgemeindefaktoren, von der Arbeitgeber-Abgabe befreit werden.“

Das Reich der Technik

Von der Technischen Hochschule in Dresden. Der Privatdozent Dipl.-Ing. Dr. phil. Walter Blumenfeld aus Dresden ist zum nicht-planmäßigen außerordentlichen Professor in der Allgemeinen Ab-teilung der Technischen Hochschule in Dresden ernannt worden.

Die Wege der Eisenbahn. Vier englische Städte streiten sich um die Ehre, als Geburtsstätte der Eisenbahn zu gelten. Es sind das Darlington, Stockton, Horn und Easington, von denen jede Schritte getan hat, um bei der im September 1825 zu bezeichnenden Jahrhundert-feier der Geburt der Eisenbahn ihren Anspruch auf die Priorität geltend zu machen. Nach eingehenden Untersuchungen haben die Ver-börden jetzt dahin entschieden, daß Darlington ein verdrängtes Anrecht auf die Ehre hat, als Wiege der Eisenbahn zu gelten. Das Jahr-hundertjubiläum wird übrigens in großem Stil gefeiert werden. Die Direction London und North Eastern-Eisenbahngesellschaft ist schon mit der Londoner Stadtbehörde in Verbindung getreten, um die Ein-geleisen der Feiertage festzusetzen, die mit dem internationalen Eisenbahn-festzug, der zu dieser Zeit in England abgehalten werden wird, zusammenfällt. Darlington hat sich in den hundert Jahren zu einer großen Industriestadt entwickelt. Es besitzt insbesondere mehrere be-deutende Lokomotivfabriken, unter ihnen die älteste Lokomotivfabrik überhaupt, die seinerzeit von George Stephenson und seinem Bruder gegründet worden war.

Für Haus und Familie

Das Klima als Vektor der Weltgeschichte. Ob das Klima von Einfluß auf die Geschichte der Menschheit sein kann, ist eine Frage, die schon häufig aufgeworfen worden ist und mit der sich die Wissenschaft schon seit langem beschäftigt. Neue Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, die auf diesem Gebiet Hun-tington, Professor der Yale-Universität, gelungen sind, scheinen geeignet, eine neue Grundlage für die Betrachtung der Geschichte der Menschheit vorzubereiten. Huntington hat, den Monats-heften „Zeiten und Völker“ zufolge, Klimakurven nach dem Wachstum der Bäume seinen Forschungen zugrunde gelegt. Er bezieht sich zu diesem Zweck der kalifornischen Nadelbäume, die ein sehr hohes Alter erreichen. Die erhaltene Baumkurve konnte er für die Zeit 1300 vor Christus bis 1900 nach Christus mit dem Studienmaterial asiatischer Bäume vergleichen. Um 1300 v. Chr. stehen beide Kurven auffallend tief und deuten auf große Trockenheit. Das ist die Zeit der großen Völkerwan-derung und der Kolonisierung der Griechen, des Einfalls der Hethiter in Mesopotamien, der Hungersnöte in Ägypten usw. Um 700 v. Chr. stehen beide Kurven hoch. Das ist die Blütezeit des Altgriechischen Reiches und der griechischen Kolonien. Um Christus Geburt erklmmt die Kurve nach Ueberwindung eines Mini-mums wieder den Höhepunkt. Das ist die Zeit des allgemeinen Weltfriedens, die Blütezeit des Römischen Reiches unter Au-gustus. Erst 700 Jahre später tritt Kurvenstumpf ein; wieder größere Völkerwanderungen, Ausbreiten der Araber usw. So beruht bis in die Gegenwart hinein eine überraschende Ueber-einstimmung der Menschheitsgeschichte mit der Kurvenbewegung. In seinem Werk „Pus of Asia“ verlangt nun der Forscher, daß künftighin die „aus zweifelhaften historischen Arbeitsweisen einer genauen Prüfung unterworfen werden, damit man an der Hand der markantesten Daten vom Klima Schlüsse auf das Leben der Völker und Staaten auf den Weltfrieden ziehen könne. Diese Forderung dürfte allerdings selbst bei Anerkennung einer Beziehung zwischen Klima und Menschheitsgeschichte, erheblich über das Erreichbare hinausgehen.

Der Hund als Schutz gegen Wohnungseinbrüche. Vom Polizeihundverein wird uns geschrieben: Wohnungseinbrüche und Verabundungen sind täglich zu verzeichnen und doch wird der treueste Freund und Beschützer des Menschen, der Hund, in dieser ersten Zeit nicht genügend beachtet. Als Schutzhunde sind alle mittelgroßen Rassen zu verwenden. Besonders zu empfehlen sind der deutsche Schäferhund, der Airedale, der Dackelmann und der Boxer. Viele Einbrüche und Verbrechen sind unmöglich, wenn ein solcher Hund das Haus bewacht, denn entweder schlägt er sofort an, macht also auf Gefahr aufmerk-sam, oder er stellt den Verbrecher. Die Haltung und Dressur ist nach richtiger Anleitung durch Fachkundige eine Freude; ist doch unsern Hunden der Gehorsam angeboren. Der Poli-ziehundverein gibt gern Auskunft über Anlauf und Dressur.

Ein naturwissenschaftliches Phänomen. Aus Wiesbaden wird berichtet: Eine Stadt, der auch der stärkste Schneefall

nichts anhaben kann, ist die Thermenstadt Wiesbaden. Ihr ältester Stadtteil, der rings um den Kranzplatz liegt, ist trotz des ungeheuren Schneefalles der letzten Wochen, der die Straßen der Neustadt und der näheren und weiteren Umgebung Wiesbadens meterhoch bedeckte, nicht nur vollkommen schnee- und eisfrei, sondern auch trocken geblieben. Die merkwürdige Erscheinung erklärt sich daraus, daß rings um den Kranzplatz nicht weniger als dreißig heiße Mineralquellen entspringen, die mit einer Temperatur von 49–69 Grad als alkalische Kochsalz-thermen zutage treten und sowohl zum Baden wie zum Trinken benutzt werden. Am Kranzplatz selbst, wo die Hauptquelle, der 69 Grad heiße Kochbrunnen zutage tritt, dürfte sicher in erster Linie dieser zur Freihaltung des Pfluges von Schnee und Eis beitragen. Die alten Römer hatten an der Stelle des heutigen Kranzplatzes ihre großartigen Bäderanlagen aufgebaut, deren Struktur in den anschaulichen Nachbildungen des hiesigen Museums für Landeskunde zu erkennen ist. Wie weit das Ge-samtsystemgebiet sich erstreckt, erhellt daraus, daß neben dem Kranzplatz auch die Spiegel-, Gold- und Hängergasse nicht nur vollständig schneefrei, sondern auch trocken sind.

Tagesneuigkeiten

Die Uniformierung der Schulpolizei. Auf Ver-langen der Entente muß bekanntlich die grüne Uniform der Schulpolizei durch eine andere ersetzt werden. Die An-ferigung der neuen Monturen ist bereits so weit gediehen, daß sie voraussichtlich am 1. April in verschiedenen Regie-rungsbezirken ausgegeben werden können. Die neue Uni-form besteht aus einem dunkelblauem Stoff und schwarzen Tuchhosen und Lederhosen. Der Man-telstoff ist von blauer Farbe. In der sonstigen Ausführung der Schulpolizei treten Änderungen nicht ein. Aus dem Straßenbild wird die charakteristische grüne Uniform vor-läufig noch nicht verschwinden, da sie noch im Dienst auf-getragen wird und die neue Bekleidung zunächst nur als so-genannte erste Garnitur zur Ausgabe gelangt.

Furtod einer großen Schriftstellerin. Auf furcht-bare Weise fand die in weiten Kreisen bekannte Berliner Mälerin und Schriftstellerin Marie von Olfers den Tod. Die 97 Jahre alte Dame lag in ihrer Wohnung am Osen, als plötzlich eine glühende Kohle heraussprang. Als die Greisin sich niederlegte, um sie aufzuheben, fing ihre Kleidung Feuer. Ehe die Wirtschafterin aus der Nähe zur Hilfe herbeileiten konnte, hatte die Verunglückte bereits den Ver-brennungstod erlitten. Die Leiche wurde von der Staats-anwaltschaft beschlagnahmt. Marie von Olfers war die Tochter des preussischen Gesandten von Olfers. Wilhelm Müller dichtete auf sie die Lieder der schönen Mälerin. Als Schriftstellerin schrieb sie ansprechende kleine Er-zählungen.

Aushebung eines Großhehlereies. Der Kriminal-polizei in Wien ist es gelungen, ein Hehlereis größeren Umfanges, das der „Ingenieur“ Karl Weber eingerichtet hatte, aufzuheben. Weber betrieb eine Automobilwerk-stätte und kaufte massenweise gestohlene Gut aller Art, namentlich Fahrräder, Motorräder und Zubehör aus. Er steht auch in dringendem Verdacht, selbst an den Diebstählen beteiligt zu sein. Eine große Anzahl Einbruchdiebstähle, die im Laufe der letzten Monate in Essener Geschäften ver-übt wurden, hat an Hand der aufgefundenen Sachen auf-geklärt werden können. Eine ungeheure Fülle wertvollen Diebstahlgutes ist mit Lastkraftwagen weggeschafft worden. Weber wurde verhaftet.

Verbrecherjagd im Auto. In Fulda boten zwei Per-sonen, die später als einflussreiche Geschäftsmänner ermin-elt wurden, ein gestohlenen Personenautomobil zum Kauf an und ergriffen, als ihnen der Boden zu heiß wurde, in der Nöhung nach der bayerischen Grenze zu die Flucht. Unter-wegs blieben sie jedoch mit dem gestohlenen Automobil im Sauer pfecken und gaben, als sich ihnen ein Auto mit ver-folgenden Kriminalbeamten näherte, Revolvererschüsse ab. Einer der Verbrecher entkam. Der andere wurde, als er sich mit einem Polizeibeamten gegen einen Kriminalbeamten wandte, erschossen.

Prüfung gegen Eintrittsgeld. In Wien wurden eine 46 Jahre alte, aus Jürien stammende Sprachlehrerin Edith Kadiney, der Teppichhändler Paul Kotany und andere Per-sonen verhaftet. Sie hatten eine 13jährige Waise und einen 11jährigen Schüler vor sich, die ein Eintrittsgeld zahlen mußten, so lange geprügelt, bis die Kinder blutend und ohnmächtig zusammenbrachen. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung der schon mehrfach wegen sächlicher Aus-schreitungen angeklagten Lehrerin wurden zahlreiche Pei-chen, Kartierwerkzeuge und obßöne Photographien be-schlagnahmt.

Neues Lawinenunglück. Aus Innsbruck wird berich-tet: Am 27. Dezember geriet in der Nähe des Galmier Ein-gangs ins Vermoral eine aus vier Reichsdeutschen be-stehende Skifahrerschliff unter einer Lawine. Ingenieur Stanger aus Glatz-Bohringen und Franz Häufel aus Berlin konnten sich retten. Der Münchener Student Otto Mayer und die Münchener Studentin Vene Schmäding konnten nicht geborgen werden.

Bräutein Minister. Ein Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, es sei durchaus möglich, daß die Re-gierung Macdonald ein weibliches Mitglied erhalte. Ge-nannt werde Miss Margaret Bonfield. Die bei-den Posten, die für eine weibliche Vertreterin besonders geeignet erschienen, seien der Unterstaatssekretärin im Arbeitsministerium und im Gesundheitsministerium.

Briefkasten

„Höhere Tochter“. Die Stelle: „Die Stille, die ein guter Mensch betort, ist einander: nach hundert Jahren klingt sein Wort und keine Tat dem Entel wider“ (so ist es richtig zitiert!) finden Sie in Goethes „Torquato Tasso“, I. Akt, 1. Scene.

Bergstube in Sch. Die Entwicklung der Kohlenproduktion in Deutschland geht aus den folgenden Zahlen hervor: 1848: 4 Milli-onen Tonnen, 1890: 89, 1900: 149, 1913: 279 Millionen Tonnen. Seitdem ist sie weiter gestiegen, doch sind dem Entel im Augenblicke weitere Zahlen nicht zur Hand.

Mutter Anna: Zum Gurgeln bei Halskrankheiten wenden Sie getrocknete Alann, übermanganfarbtes Kali, Salbeitei, Glyzerin, Si-tronenkraft an. Letzteren auch bei Fiebererregungen.

Wappenstein B. Ch. Das ist schwer zu sagen. Ein merkwürdiges Wappen führt die Stadt Harmond: drei Peringschwänze mit Löwenköpfen.

Anni M.: Wie gefüllter Schellfisch bereitet wird? Hören Sie zu. Einige kleinere Fische werden gefüllt, gewaschen und im Innern mit Salz eingetrichtert. Aus Tomatenmus wird ein Brei be-reitet. Die gefüllten Fische werden zugenäht, paniert und in Spei-se-öl goldgelb gebraten. Man reicht dann zu den Fischen Kartoffelsalat.